

1. Fragen der Koalitionsforschung

Warum entstehen bestimmte Koalitionen?
Welche Koalitionen sind wahrscheinlich?
Warum zerbrechen Koalitionen?

2. Ansätze

2.1 a priori Ansätze

- bedienen sich Aspekten der Spieltheorie
- einfache Modell-Annahmen
- deduktive Vorgehensweise
- möglichst hohe Prognosefähigkeit

a) minimal winning coalitions

Ziel: Prognose der Regierungsbildung

Annahmen:

- Parteien sind einheitliche rationale, gewinnmaximierende Akteure
- Ziel der Parteien: Macht und Einfluss in Form von Ministersesseln zu maximieren → „office seeking“
- Koalitionsbildung:
 - Nur Mehrheitskoalitionen („winning“)

- Das Ausscheiden einer Partei führt zum Verlust der Mehrheit („minimal“)

Kritik:

- Die Anzahl der vorhergesagten Koalitionen ist oftmals zu hoch

b) minimum winning coalitions

Ziel: Prognose der Regierungsbildung

Annahmen:

- siehe minimal winning coalitions
- plus: es bildet sich jene Koalition, deren Mehrheit am knappsten ist („minimum“)

Kritik:

- Minderheitsregierungen können nicht vorhergesagt werden
- Übergroße Regierungen können nicht vorhergesagt werden
- Erreichte in Tests eine geringe Prognosefähigkeit

c) minimal connected winning coalitions

Ziel: Prognose der Regierungsbildung

Annahmen:

- Stets Bildung von Mehrheitskoalitionen
- Parteien sind einheitliche, rationale und gewinnmaximierende Akteure
- Ziel der Parteien:
 - Maximierung der politischen Ämter UND („office seeking“)
 - Umsetzung möglichst vieler eigener Politikinhalt (policy-seeking)

- Koalitionen bestehen aus benachbarten Parteien auf einer eindimensionalen Links-Rechts-Skala (Minimierung von Verhandlungskosten)
- Koalitionen decken den kleinsten möglichen policy-Bereich ab

Kritik:

- Gesteigerte Prognosefähigkeit
- Eindimensionale policy-Skala ist nicht eindeutig

d) Grundsätzlich Kritik an „a priori Ansätzen“

- Prognosefähigkeit steht im Vordergrund
- Prozesse der Koalitionsbildung können aufgezeigt werden
- Annahmen sind teilweise empirisch nicht begründbar
- Erklärungen von Koalitionsbildungen sind nicht möglich

2.2 empirische Ansätze

a) Anpassung der bestehenden Modelle mit empirisch begründeten Annahmen

Ziel: Offenlegung des Prozesses der Koalitionsbildung
Damit die Modelle an empirischer Schärfe gewinnen werden institutionelle Variablen hinzugenommen:

- Verfassungsvorgaben zur Regierungsbildung
- Struktur des Parteiensystems
- Gesellschaftliche Normen
- Inter-parteiliche Regeln

b) Einzelfallstudien

- induktive Vorgehensweise
- Ziel: Erklärung des Koalitionshandelns
- Anforderung: möglichst hohe Erklärungskraft

c) Grundsätzliche Kritik an empirischen Ansätzen

- Hoher Grad der Komplexität
- Geringe Reichweite
- Hoher Arbeitsaufwand

3. Fazit

- Jede Theorie zur Koalitionsbildung kann nur an ihrem Anspruch gemessen werden
- es fehlt ist eine Theorie mit universalistischem Anspruch, eine integrative Theorie, die alle komplexen Abläufe in all ihren Phasen erklären kann
- es stellt sich die Frage, inwieweit komplexe Vorgänge wie Koalitionsbildungen überhaupt modelliert werden können

Wolfgang C. Müller, Koalitionstheorien. In: Ludger Helms und Uwe Jun (Hrsg.), Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung, Frankfurt a. M. 2004, S. 267-301.

Michael Laver, Models of Government Formation. In: Annual Review of Political Science 1 (1998), S. 1-25;

Sabine Kropp, Regieren in Koalitionen. Handlungsmuster und Entscheidungsbildung in deutschen Länderregierungen, Wiesbaden 2001.